

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

**Band:** 39 (1963-1964)

**Heft:** 16

**Rubrik:** Der bewaffnete Friede

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat», Zürich 1  
Redaktion: E. Herzig, Gundeldingerstraße 209, Basel, Tel. (061) 34 41 15. Annoncenverwaltung,  
Administration, Druck und Expedition: Aschmann & Scheller AG, Zürich 1, Tel. (051) 32 71 64,  
Postcheckkonto VIII 1545. Abonnementspreis: Schweiz Fr. 10.—, Ausland Fr. 14.50 im Jahr

Erscheint Mitte und Ende des Monats

39. Jahrgang

30. April 1964

## Sehr geehrter Herr M.

vor vierzehn Tagen habe ich Ihnen Ihren Beitrag «Fluchwürdige Koexistenz» zurückgeschickt und mit einigen kurzen Sätzen auch begründet, weshalb ich darauf verzichten mußte, das Manuskript zu veröffentlichen. Sie haben mir dann sehr energisch zurückgeschrieben und mir vorgeworfen, ein «Koexistenzler» zu sein. Wenn Sie, sehr geehrter Herr M., mich als «Koexistenzler» bezeichnen, weil ich der Meinung bin, daß der Friede unserer Zeit auf jeden Fall besser ist als ein Krieg, dann beweist mir das nur, wie wenig realistisch Sie die Weltlage einschätzen. Sie schrieben wörtlich: «Mit Rußland und seinen Satelliten darf es keine Koexistenz geben.» Das ist, mit Verlaub gesagt, eine hohle Phrase, leeres Stroh! Ich habe aus meiner antiextremistischen Gesinnung noch nie einen Hehl gemacht. Politische Extremisten aller Farbschattierungen sind mir ein Greuel. Ich bin der erste, der den Russen, den Tschechen und allen anderen Völkern, die unter der harten Fuchtel des Kommunismus leben müssen, ein anderes Regime gönnen möchte. Aber wer anders könnte in diesen Ländern einen Regimewechsel herbeiführen als diese Völker selber! Oder sehen Sie eine andere Möglichkeit, eine bessere Lösung? Als erklärter Feind der Koexistenz bleibt Ihnen als Antwort wohl nur der Hinweis auf eine Intervention des Westens und das heißt Krieg! Das werden Sie ernstlich aber kaum erwogen haben, und doch ist es die letzte Konsequenz Ihrer — entschuldigen Sie — absurden Forderung. Friede in unserer Zeit heißt Koexistenz, und das Gegenteil von Koexistenz in unserer Zeit ist Krieg und Einsatz der Massenvernichtungsmittel. Wir müssen uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Und die Wirklichkeit schließt die Existenz kommunistischer Diktaturstaaten ein. Sie sind eine Realität, und nur ein weltfremder Phantast wird das ableugnen. Mit anderen Worten: wenn wir den Frieden bewahren wollen, müssen wir neben den kommunistischen Staaten leben. Ihr Kampf gegen die Koexistenz ist genauso unrealistisch wie jener der Pazifisten gegen die Atomwaffen. Diese Massenvernichtungsmittel sind vorhanden. Weder der Osten noch der Westen wird auf sie verzichten wollen, und ihr Vorhandensein trägt — ob wir

es wahrhaben wollen oder nicht — wesentlich zur Aufrechterhaltung des Friedens bei.

Ich bin aber ein Gegner der «Koexistenz um jeden Preis». Dafür bin ich Ihnen ebenfalls eine Erklärung schuldig. Wenn ich daran glaube, daß der Friede zu einem guten Teil gesichert wird durch ein einigermaßen normales Nebeneinanderleben der kommunistischen und der freien Völker, so findet zum Beispiel aber auch die Politik der USA, die sich mit großen Opfern an Menschen und an finanziellen Mitteln zäh gegen eine weitere Ausbreitung des Kommunismus wehrt, meine volle Zustimmung. Wachsam und aufgeschlossen muß die Koexistenzpolitik des Westens sein — und sie ist es auch. Wachsam gegenüber den Manövern des Kommunismus und aufgeschlossen gegenüber den Beziehungen zwischen der freien und der kommunistischen Welt. Die Schweiz wird auch da keine Ausnahmestellung einnehmen, und wir dürfen den verantwortlichen Behörden vertrauen, daß sie die für unser Land richtige und zweckmäßige Lösung suchen und finden.

Was Sie aber in Ihrem Beitrag vorgeschlagen haben, sehr geehrter Herr M., ist ein sturer «Hurra-Antikommunismus», der uns nichts nützt und den Kommunisten nicht schadet. Was Sie anzubieten haben, ist schon deshalb schlecht, weil es nicht ehrlich gemeint ist und sich mit der Wirklichkeit nicht verträgt.

E. Herzig

## Der bewaffnete Friede

341.178  
Militärpolitische Weltchronik

Es waren am 4. April 15 Jahre vergangen, daß 1949 in Washington in Anwesenheit von Präsident Truman der Nordatlantikpakt unterzeichnet wurde, der seither unter der Bezeichnung NATO zu einem Begriff geworden ist. Wir wollen uns heute einmal mehr daran erinnern, daß es die aggressive Politik der Sowjetunion war, die zu diesem Zusammenschluß führte, weil sie sich nicht an die nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Alliierten geschlossenen Abkommen hielt und den Zeitpunkt als gegeben betrachtete, dem Rezept Lenins folgend, den Kommunismus über die ganze Welt

auszubreiten und ihm im phasenweisen Vorgehen nun zunächst einmal ganz Europa zu unterwerfen. Der Pakt war von Anfang an als Verteidigungsabkommen gedacht und sollte verhindern, daß nach Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei weitere europäische Staaten ihre Freiheit und damit auch eine demokratische Regierung verlieren und zu sogenannten «Volksdemokratien» würden.

Dem Atlantikpakt ging im März 1948 der Brüsseler Pakt voraus, der nur drei Wochen nach dem Staatsstreich in Prag zwischen Frankreich, England, Holland, Belgien und Luxemburg unterzeichnet wurde, nachdem die mit allen Mitteln versuchte Ausbreitung des sowjetischen Einflusses in Europa von den Staatsmännern der freien Welt mit größter Besorgnis verfolgt wurde. Es kann heute gesagt werden, daß der Pakt von Brüssel der erste Schritt zur Schaffung einer Verteidigungsorganisation des Westens war. Es war aber bald einmal ersichtlich, daß die militärischen Mittel der fünf europäischen Staaten allein nicht ausreichten, um eine wirksame Verteidigung der freien Welt zu gewährleisten. Nachdenklich stellt man heute fest, daß es der damalige französische Außenminister war, der dem amerikanischen Staatssekretär Marshall ein Telegramm sandte: «Der Augenblick scheint gekommen, so schnell wie möglich die Zusammenarbeit zwischen der Neuen und der Alten Welt auf militärischem Gebiet herbeizuführen und sie so eng wie nur immer möglich zu gestalten.»

Es war dann Präsident Truman, der vor dem amerikanischen Kongreß erklärte: «Ich zweifle nicht daran, daß der Kongreß den freien Nationen Westeuropas die von der Lage erforderte Hilfe gewähren wird.» Der Appell fand Verständnis und Gehör, und am 11. Juni 1948 wurde ein Antrag des Senators Vandenberg angenommen, welcher der amerikanischen Regierung

### Sonderausgabe EXPO «Wehrhafte Schweiz»

Wir machen unsere Leser höflich darauf aufmerksam, daß die nächste Ausgabe vom 15. Mai 1964 als erweiterte und reich illustrierte Sondernummer über den Teil «Wehrhafte Schweiz» der EXPO 64 erscheint.

gestattete, schon in Friedenszeiten militärische Bindungen außerhalb des amerikanischen Kontinents einzugehen und den freien Nationen Hilfeleistungen zukommen zu lassen. Wenige Tage später begannen in Washington die ersten Verhandlungen. Mit den bereits erwähnten fünf europäischen Staaten des Brüsseler Paktes beteiligten sich daran auch Dänemark, Island, Italien, Norwegen, Portugal und auch Kanada. Es waren dann diese Verhandlungen, die am 4. April 1949 zur Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes führten, dem sich dann später auch noch Griechenland und die Türkei sowie die Bundesrepublik Deutschland anschlossen. Wenn wir heute von neutraler Warte auf diese Paktgründung zurückblicken, die von den Sowjets durch scharfe Proteste gegen diesen «Aggressivpakt» bekämpft wurde, darf festgestellt werden, daß Moskau seither keine Erweiterung der sowjetischen Einflußsphäre mehr geglückt ist; abgesehen von der Entwicklung in Kuba. Die Unterzeichnung des Paktes führte auch zu einer fühlbaren Entspannung und zu einer Atmosphäre relativer Sicherheit, in der sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet eine Entwicklung anbahnen konnte, die für die Stabilität und den Aufschwung der Völker des Westens genau so wichtig ist wie die militärische Stärke. Man hat sich daran zu erinnern, daß die Sowjetunion am 12. Mai 1949 die Blockade Berlins aufhob und am 23. Mai des gleichen Jahres in Paris eine Konferenz der Außenminister der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion begann, die zu begrenzten aber positiven Resultaten in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Berlinfrage führte. Die Sowjetunion verzichtete auch auf die weitere Unterstützung des kommunistischen Aufstandes in Griechenland — damals eine große Gefährdung der

freien Welt in Südosteuropa — der dann im Oktober 1949 nach langem blutigen Ringen ein Ende nahm. Es darf auch darauf hingewiesen werden, daß in diese Aera der sich anbahnenden Entspannung auch der Staatsvertrag mit Oesterreich fiel und unser Nachbarland mit dem Abzug der Besatzungstruppen endlich seine volle Souveränität zurückerhielt.

Das Vertragswerk des Nordatlantikpaktes hat, das darf fünfzehn Jahre nach seiner Unterzeichnung festgestellt werden, sein Hauptziel, die Sicherheit und den Frieden zu wahren, erreicht. In Europa ist seither kein Quadratmeter Boden mehr unter sowjetische Herrschaft geraten, und Berlin blieb trotz aller Anfechtungen bis heute eine freie Stadt.

Dieser Erfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der NATO Krisen und ernsthafte Auseinandersetzungen nicht erspart blieben und es ist nicht zuviel gesagt, wenn heute sogar von einer schleichenden Krise der Atlantischen Allianz gesprochen wird. Das liegt aber zum Teil auch in der Natur des Zusammenschlusses freier demokratischer Staaten begründet, die nicht unter der Diktatur und der alles beherrschenden Ideologie des stärksten Partners des Bündnisses stehen, den Spielregeln der Demokratie, den Regierungen und den Parlamenten richtigerweise noch ein großes Feld freier Betätigung und Meinungsbildung offen lassen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und ihren Verbündeten in Europa, die heute wieder offenen Gegensätze zwischen Griechenland und der Türkei und die eigenwillige Politik de Gaulles sind uns allen bekannt. Es ist auch die Tatsache zu erwähnen, die nach 1945 wohl niemand vorauszusagen gewagt hätte, daß die deutsche Bundesrepublik heute dem atlantischen Oberbefehlshaber das weitaus stärkste Kontingent der Landarmee zur Verfügung stellt.

Die Politik der Sowjets, diese nicht verborgenen Meinungsverschiedenheiten dabei immer geschickt ausnützend, wird auch künftig darauf ausgerichtet sein, das Gefüge der Atlantischen Allianz zu sprengen und damit die gemeinsame Verteidigung der freien Welt zu schwächen. Die künftige Entwicklung der West-Ost-Beziehungen ist immer unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen. Die Abrüstungsgespräche und die immer wieder auftauchenden Pläne atomwaffenfreier Zonen, wie z. B. der Rapackiplan, werden von Moskau als Werkzeuge seiner Politik benutzt, um mit allen Mitteln der Tarnung vor allem die eigenen Pläne zu fördern. Es muß in diesem Zusammenhang immer wieder unterstrichen werden, daß die Welt auf dem Gebiete der Abrüstung und der friedlichen Entwicklung der Atomenergie ein großes Stück weiter gekommen wäre, würde die Sowjetunion diesbezügliche Inspektionen auf ihrem eigenen Territorium zulassen, wie sie z. B. die Westmächte seit

jeher angeboten haben. Es ist daher, wenn wir diese wenig optimistischen Perspektiven betrachten, zu wünschen, daß die Partner der Atlantischen Allianz alle Möglichkeiten ausnutzen, um weiterhin kraftvoll den Idealen zu dienen, die vor 15 Jahren in Washington beschworen wurden, die Einigkeit unter sich wieder stärken und nationale Sonderinteressen abbauen, damit die Wachsamkeit aller den Preis der Freiheit lohnt. Tolk

## DU hast das Wort

### Wie breit ist der Graben zwischen Offizier und Soldat?

(Siehe Nr. 12 und 13/64)

Sehr geehrter Herr Redaktor, mit Interesse verfolge ich in Ihrer Zeitung die in Gang befindliche Diskussion über das erwähnte Thema. Ich finde es verdienstvoll, daß Sie dieses heiße Eisen anfassen und gestatte mir deshalb, mich bei dieser Gelegenheit wieder einmal zum Wort zu melden. Ich möchte folgendes sagen:

«Daran, daß es in der Armee eine große Zahl verschiedener Grade gibt (ich zähle deren siebzehn), die sich nach Aufgabe, Befehlsgewalt und genossener Ausbildung unterscheiden, wird sich niemand stoßen. Dies ist notwendig und selbstverständlich. Neben der Einteilung der Armeemitglieder in verschiedene Grade besteht aber noch die Einteilung in zwei verschiedene Klassen oder Kasten, nämlich in Offiziere und «Gewöhnliche», zu welcher letzteren Soldaten und Unteroffiziere gehören. Diese Einteilung ist nicht funktionsnotwendig. Sie tritt aber nach außen stärker in Erscheinung als die Einteilung in Grade. Die Angehörigen der oberen Klasse — seien sie nun Leutnant oder Brigadier — zeichnen sich durch gemeinsame Privilegien und besondere Kleidung aus. Es ist ihnen ein besonderes Maß von Ehrerbietung entgegenzubringen, sie sind als «Herren» anzusprechen, sie reisen in der Bahn I. Klasse, usw. Besondere vorgeschriebene Verhaltensformen sind gleichfalls dazu bestimmt, die Offiziere als «besessere» Kaste abzusondern, so etwa die Pflicht, sich im Gespräch untereinander des Schriftdeutschen zu bedienen. Ein Aufsteigen von der unteren in die obere Klasse auf dem Wege der stufenweisen Beförderung ist nicht möglich.

Diese Klasseneinteilung, an der unser Militärrecht immer noch streng festhält, bildet ein Relikt der mittelalterlichen Ständeordnung, ein Ueberbleibsel aus der Zeit, als es die hochwohlgeborenen Herren der Obrigkeit einerseits und die Untertanen andererseits gab, wo ein Aufsteigen von der unteren in die obere Klasse ausgeschlossen war. Sie ist ihrem Wesen nach also nicht mehr zeitgemäß, sie ist auch undemokratisch und unschweizerisch. Die Preisgabe dieser Klasseneinteilung ist deshalb dringend geboten. Probleme, welche einzig und allein durch diese leidige Klasseneinteilung heraufbeschworen werden — ich denke nicht zuletzt an die ungenügenden Aufstiegsmöglichkeiten älterer Unteroffiziere — würden sich dann ohne weiteres lösen lassen.» Wm. R. Munz  
Fa.

Die Diskussion geht weiter.

